

## Deutschland.

Berlin, 20. Juni. [Amliches.] Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichtsrath Kühnel zu Rosen den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; sowie dem Advokaten, Justizrat Bonnet zu St. Johann den Königlichen Kronenorden dritter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Director Franke in Sulz den Charakter als Geheimer Justizrat und dem Pianoforte-Fabrikanten Rudolf Jbach, Inhaber der Firma Jbach Sohn zu Barmen, das Prädikat eines Königlichen Hof-Pianoforte-Fabrikanten verliehen.

An der Albinusschule in Lauenburg a. d. E. ist die Besförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Carl Günther zum Oberlehrer genehmigt worden. Dem Schulamts-Candidaten Dr. A. Reichardt ist die Oberlehrerstelle an der höheren Bürgerschule zu Pößnau verliehen worden. Der Rechtsanwalt und Notar Korpulius zu Ratibor ist in gleicher Eigenschaft an das Stadtgericht zu Breslau mit Ausweisung seines Wohnsitzes dasselbe verliehen worden.

Berlin, 20. Juni. [Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] besichtigte gestern Vormittag 9½ Uhr vor dem Neuen Palais bei Potsdam das Lehr-Infanterie-Bataillon und begab sich gegen 12 Uhr mit Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit der Kronprinzessin von der Wilhelms-Station aus nach Berlin. Nachmittags empfing Se. Kaiserliche Hoheit die rumänischen Minister Brattano und Cogalniceano und wohnte um 2 Uhr der Trauung des Legations-Sekretärs von Tümpeling mit Fräulein von Boyen in der Marienkirche bei. Hierauf stellte Höchstselbe dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin einen Besuch ab und nahm demnächst den Vortrag des Wirklichen Geheimen Rathes von Wilmowitz entgegen. — Abends gegen 9 Uhr empfing Se. Kaiserliche Hoheit den General-Feldmarschall Freiherrn von Manteuffel. (Reichsanzeiger.)

= Berlin, 20. Juni. [Vom Congress. — Ausführungsgezege zur deutschen Gerichtsverfassung für Elsaß-Lothringen. — Enquête über Baumwoll- und Leinen-Industrie. — Wirtschaftsrath.] Die gestrige Congresssitzung hat infoem nach uns zugehenden Mitteilungen zu einem positiven Resultat geführt, als man die Zulassung Griechenlands zum Congress für die Verhandlungen, welche die griechischen Interessen betreffen, beschlossen hat. Der bezügliche Antrag, der sowohl von England wie von Frankreich, und zwar von jeder Macht selbstständig eingebrochen war, soll nur bei den Türken Bedenken hervorgerufen haben, welche indessen nicht durchgreifend wirkten. Dem Präsidium ist nun die Bestimmung darüber anhängig gegeben, zu welchen Sitzungen die Vertreter Griechenlands zuzulassen sein möchten. Im Übrigen ist man auch gestern in Bezug auf die bulgarische Frage nicht viel weiter gekommen und es scheinen die Schwierigkeiten, welche man zu überwinden hat, mit jedem Tage zu wachsen. Im Großen und Ganzen ist man, wie uns versichert wird, noch nicht weiter gekommen, als man in der ersten Sitzung des Congresses war; es zeigt sich, daß den Vorverhandlungen ein überaus weiter Raum gegönnt ist, und daß man zur Ausgleichung der vielfachen vorhandenen Differenzen großer Geduld und vor allen Dingen Zeit bedürfen wird. Die Bevollmächtigten machen daraus kein Hehl, daß man sich die Dinge im Großen und Ganzen doch zu leicht vorgestellt hat. — Aus den Privatsprechungen wird bekannt, daß die Engländer mit den Türken gegen die Auslieferung von Batum eingenommen sind und geneigt scheinen, einen von den Türken befürworteten Vermittelungsvorschlag zu unterstützen. — Bezüglich des künftigen Besitzes von Bessarabien scheint Rußland nicht nachgehen zu wollen; jedenfalls beansprucht Rußland mit Energie einen Theil Bessarabiens und macht geltend, daß es im Jahre 1856 das freitige Gebiet nicht an Rumänen, sondern an die Türkei abgetreten habe und deshalb auch nur mit dieser über Reaktion verhandeln wolle. — Heute werden die Vorbesprechungen fortgesetzt und es finden namentlich langandauernde Conferenzen der türkischen Bevollmächtigten untereinander statt. Die nächste Congress-Sitzung ist auf morgen Nachmittag 2 Uhr anberaumt. — Heute Mittag giebt der Graf Corti für die Bevollmächtigten ein Diner und Abends findet bei Lord Beaconsfield Empfang im Kaiserhof statt. — Über die Stimmung unter den Congressmitgliedern sind durchaus entgegengesetzte Nachrichten verbreitet. Einerseits hört man, es mache sich eine etwas kleinmuthige und gedrückte Stimmung bemerkbar; andererseits — und wir haben Grund, diese Version für die glaubhafter zu halten — hört man, es sei die Zuversicht durch den Congress zu bestiedigenden Resultaten und zu einem dauerhaften europäischen Frieden zu gelangen durch die zugestandene Schwierigkeit, welche sich in großem Umfange gezeigt hätte, in keiner Weise beeinträchtigt worden. — Der Bundesrath wird morgen eine Plenarsitzung halten. — Demselben ist jetzt auch der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreff. die Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes, zugegangen. Dasselbe umfaßt 34 Paragraphen und verbreitet sich über das Richteramt (alle Richter einschl. der Handelsrichter ernannt der Kaiser), die Gerichtsbarkeit (Aufhebung der Handelsgerichte, Einführung der Amtsgerichte, Landgerichte und des Oberlandesgerichts), Amtsgerichte, Schöffengerichte, Landgerichte, Schwurgerichte, Kammer für Handelsachen, Oberlandesgericht, Staatsanwaltschaft (Staats-Anwälte werden vom Kaiser ernannt), Gerichtsschreiber und Gerichtsvollzieher. Endlich enthält der Entwurf Schlüßbestimmungen. Das Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Gerichtsverfassungsgesetz in Kraft. Dem Entwurf ist eine umfassende Begründung beigegeben, in deren Einleitung ausgeführt wird, daß das Gerichtsverfassungsgesetz der Landesgesetzgebung die Regelung der Organisation und Zuständigkeit der Gerichtsbehörden überlassen hat. Es wird dann darauf hingewiesen, daß bei der Vereinigung vieler Gerichtseinrichtungen in den Reichslanden mit dem Gerichtsverfassungsgesetz der Anschluß an die Organisation leicht zu ermöglichen war. — Die vom Bundesrath beschlossene Enquête für Eisen-, Baumwoll- und Leinen-Industrie wird demnächst durch Ernennung der Commissionen eingeleitet werden. Die Vorschläge dazu sind bereits eingereicht. Das Programm für die Enquête wird von den Commissionen aufgestellt und dem Bundesrath zur Prüfung bzw. Zustimmung unterbreitet werden. — Es liegt in der Absicht des preußischen Handelsministers der Centralverwaltung der preußischen Eisenbahnen einen „Wirtschaftsrath“ etwa in der Weise zur Seite zu stellen, wie dies mit dem Landwirtschaftsrath für das landwirtschaftliche Ressort der Fall ist. Bei der Wahl der Mitglieder sollen die Interessen des Verkehrs, des Handels und der Industrie besonders berücksichtigt werden. Die Einführung dieser Einrichtung ist zunächst für Preußen auf administrativem Wege, ihre

spätere Erweiterung für alle deutsche Bahnen auf dem Gebiete der Reichsverfassung geplant.

□ Berlin, 20. Juni. [Berliner Wahlen. — Bündnis der Conservativen mit den Christlich-Socialen. — Schul- und Gerichtsserien. — Bismarck und Arnim.] Von den fortschrittlichen Vertretern des ersten Berliner Wahlbezirks ist gestern Dr. Max Hirsch, von denen des zweiten vorgestern Kloß wieder als Kandidat für die Neuwahl aufgestellt worden. Von den Nationalliberalen ist es sicher, daß sie mit beiden Kandidaturen einverstanden sind, so daß die Wahl kaum zweifelhaft sein dürfte. Für den dritten Bezirk wird Herr von Saucken-Tarpitschen wahrscheinlich doch wieder annehmen; im fünften wird Zimmermann wiedergewählt und im sechsten Ludwig Löwe von Neuem, diesmal aber mit der besten Aussicht auf Erfolg, aufgestellt. Auch im vierten hofft die mit den Nationalliberalen vereinigte Fortschrittspartei diesmal ihren Kandidaten durchzubringen; die Personenfrage ist indes noch nicht entschieden. In erster Reihe handelt es sich um Birchow oder Zelle, aber jener ist aus principiellen, dieser aus persönlichen Gründen nicht zur Annahme eines Mandats besonders geeignet. — Im sechsten hiesigen Bezirk, wo die Vereinigten Conservativen und Christlich-Socialen bereits den Pastor Stöcker aufgestellt haben, sind nun auch sogenannte Freiconservative mit einer eigenen Kandidatur hervorgetreten. Die Christlich-Socialen haben gestern wieder einmal in einer Versammlung, der auch viele Mitglieder der gegenwärtig hier tagenden orthodoxen Pastoralconferenz beiwohnen, und zwar unter dem ausdrücklichen Beifall derselben, den Liberalismus für einen schlimmeren Feind, als selbst die Socialdemokratie erklärt. Solches Gebahren ist jedenfalls dazu angehan, die etwas in Apathie versunkenen Kreise der Bürgerlichkeit zu energischer Gegenwehr auch gegen den Christlich-socialen Schwindel aufzustacheln. — Die hiesige städtische Schuldeputation ist in Betrieb der Gemeinde-(Elementar-)Schulen dem Beispiel des preußischen Cultusministers gefolgt und hat die Ferien in die Zeit vom 29. Juni bis zum 29. Juli gelegt. Die Gerichtsserien beginnen dagegen wie gewöhnlich mit dem 21. Juli. Die betreffende Bekanntmachung des Kammergerichts für seinen Bezirk ist gestern Abend bereits erschienen. — Wie Graf Herbert Bismarck in Sonderhausen, so will der Sohn des Grafen Harry Arnim, Freiherr von Arnim-Schlagenthin, im Jerichower Kreise, in welchem seine Güter belegen sind, zum Reichstag kandidieren. Freunde historischer Parallelen bedauern sehr, daß die beiden jungen Herren nicht gegen einander in demselben Kreise auftreten können.

△ Berlin, 20. Juni. [Austritt aus der nationalliberalen Partei. — Aussichten für die Kandidaten der Fortschrittspartei. — Der Marx'sche Brief über L. Bucher.] Die Professoren Treitschke und Gneist haben endlich den Austritt aus der nationalliberalen Fraction erklärt; damit ist wohl der Anstoß gegeben, daß noch mehr von jenen Elementen, die überhaupt nicht liberal sind oder aufgehört haben, liberal zu sein, in das Regierungslager übergehen. Die Nachrichten von den Aussichten der liberalen Abgeordneten für die Neuwahlen lauten sehr verschieden. Von der Fortschrittspartei sind am meisten Eugen Richter und Haniel gefährdet. Wenn sich für Haniel, der voriges Mal mit 10,919 Stimmen über 8610 Socialdemokraten und 1039 Deutschconservative siegte, die Nationalliberalen entscheiden, wie wir hoffen, so ist seine Wahl noch nicht hoffnungslös. Schlimmer steht es mit Richter, gegen den die schützöllerischen Eisengroßindustriellen als gegen ihren schlimmsten Gegner alle Mittel schon voriges Mal in reichem Maße spielen ließen. Damals siegte er in engerer Wahl mit 9972 gegen 8807 Stimmen. Seitdem hat die Zunahme der wirtschaftlichen Calamität in der Großindustrie den Eifer der schützöllerischen Agitatoren angestoppt, so daß auf einen Sieg Richters im Kreise Hagen kaum noch zu rechnen ist. Vor aussichtlich findet sich aber ein starker fortschrittlicher Wahlkreis für Richter. — Der Marx'sche Brief, betreffend Lothar Bucher, wird zu einer Höhe aufgebaut, die ganz ungerechtfertigt ist. Alle Welt weiß, daß der demokratische Flüchtling, der einzige Verurtheilte des Steuerverweigerungsprozesses, Gerichtsrath Bucher, nach Deutschland zurückgeföhrt, mit seinen alten politischen Freunden, die den Nationalverein und die Fortschrittspartei begründeten und für wirtschaftliche Freiheit eintraten, sich nicht mehr auf gleichem Boden befand, daß er hingegen mit Lassalle persönlich befreundet war, mit diesem in Compagnie das ergötzliche Buch gegen Julian Schmidt schrieb und ihm auch, wenngleich sehr vorsichtig, in dem Streite mit Schulze-Delitzsch bestand. Noch heute verkauft jeder socialdemokratische Colporteur Lassalle's Rede vom 16. April 1863 nebst dem Briefe von L. Bucher an das Leipziger Comité vom 20. April 1863, in welchem er einen Vortrag zu halten sich bereit erklärt über eine in den Streit zwischen seinem Freunde Lassalle und seinem ehemaligen Parteigenossen Schulze-Delitzsch einschlagende Frage. Bald nach Lassalle's Tode (31. August 1864) trat Bucher in den Dienst des auswärtigen Ministeriums; er hat gleich darauf einem damaligen Anhänger Lassalle's erklärt, dieser habe um die Verurtheilung gewußt und seinen Entschluß gebilligt. Es läßt sich nun ja beweisen, daß bis 1866 die Socialdemokraten in Verbindung mit der preußischen Regierung standen, um „in Anlehnung an die Junferpartei“ die Fortschrittspartei zu bekämpfen. Aber Bucher hatte doch damit absolut nichts zu thun; das war das Ressort Wagner's, der seinen bekannten „Arbeiter Preuß“ dazumal in die Redaktion des „Socialdemokraten“ als Schweizer's Unterredakteur entsendete, und die Verschmelzung des socialdemokratischen Arbeitervereins mit dem preußischen Volkverein beabsichtigte. Wenn Marx die Vermuthung ausspricht, Bucher habe noch als Legationsrath für die in der Schweiz erschienenen kommunistischen Flüchtlingsblätter geschrieben, so ist dies nur ein Ausfluss des Hasses. Für solche Blätter schrieb Bucher nicht.

× Berlin, 20. Juni. [Die Wahlagitation] ist hier bereits in vollem Gange. Am 19. d. waren im Arnim'schen Saale (Unter den Linden 49) die Vertrauensmänner der Fortschrittspartei des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises außerst zahlreich versammelt. Herr Stadtvorordneter Dr. Hermes, der die Versammlung eröffnete und leitete, bemerkte: Es sei hier nicht der Ort, zu erwähnen, wie weit die abscheulichen Verbrechen des 11. Mai und des 2. Juni die Auflösung des Reichstages verschuldet haben. Man müsse den gegebenen Thatsachen Rechnung tragen und so unbegum es auch sei, so müsse man energisch und besonnen in die Arena des Wahlkampfes treten. Der jüngste Beschluß der nationalen Partei, wo es irgend thunlich, den Kandidaten der Fortschrittspartei zu unterstützen, leiste Bürgschaft, daß

der Liberalismus trotz aller Bemühungen seiner Feinde bei den bevorstehenden Wahlen den Sieg davontragen werde. Er (Redner) sei der Überzeugung, daß der mitgebrachte Beschuß der nationalliberalen Partei seitens der gesammelten Fortschrittspartei mit Freuden begrüßt werden (Lebhafte Bravo.) Der Liberalismus habe ebenso entschieden Stellung zu nehmen gegen die auf den Umsturz aller staatlichen Ordnung hinzielenden Socialdemokraten, als auch gegen die Preß- und Juniperpartei, welche letztere alle bürgerliche Freiheit an untergraben droht. Ganz besonders sei aber die sog. Christlich-socialen Partei zu bekämpfen. (Beifall.) — Allsdann erstaute der bisherige Abgeordnete dieses Wahlkreises, Herr Dr. Max Hirsch, den Längeren Bericht über seine Thätigkeit im Reichstag. Er habe in allen Fragen mit der Fortschrittspartei gestimmt und würde auch scheinbar in allen reaktionären Gefüßen, eben so aber auch den Socialdemokraten, die ja eigentlich nur die Handlanger der Reaction seien, mit aller Energie entgegentreten. Die gegenseitige Unterstützung der Fortschritts- und nationalliberalen Partei bei den bevorstehenden Wahlen begrüßt er mit Freuden. Auf eine an ihn (Redner) ergangene diesbezügliche Anfrage bemerkte er, daß er wiederum seinen Wählern zu Diensten stehe. (Lebhafte Beifall.)

Auf Auffordern des Vorsitzenden, Herrn Dr. Hermes, erhoben sich die Anwesenden zum Zeichen der Befriedigung mit dem Verhalten des Herrn Dr. Max Hirsch im Reichstag von ihren Plätzen. — Es entpann sich alsdann eine sehr lange und lebhafte Debatte über die Nominierung von Kandidaten. Während von der einen Seite und zwar von den Herren Elsner, Hugo Sachs, Bey und Belling die Kandidatur des Herrn Dr. Hirsch befürwortet wurde, beantragten die Herren Assessor Lewald und Dr. Lewinstein noch vorläufig von der Aufstellung eines Kandidaten Abstand zu nehmen, zumal die Wahl der Herren Eugen Richter, Prof. Dr. Frankenburger, Beirats-Gerichtsrath Dr. Herz und anderer Koryphäen der Fortschrittspartei in ihren bisherigen Wahlkreisen gefährdet sei. — Herr Schonek bemerkte: Ein großer Theil der Berliner Handwerksmeister habe seiner Sympathien für Herrn Dr. Max Hirsch. — Nachdem Herr Redakteur Dr. Steyndorff mitgetheilt, daß die Kandidatur des Herrn Eugen Richter im dritten Berliner Reichstagswahlkreise bereits festgestellt sei, wurde beschlossen: Die demnächst zu berufenden allgemeinen Wählerversammlung Herrn Dr. Max Hirsch als Kandidaten in Vorschlag zu bringen.

[Die Notwendigkeit eines klaren Regierungsprogramms.] Die „N.-L. C.“ schreibt u. A.: Das Presseorgan der Regierung spricht von einer „tieferen urächlichen Verantwortung“ für die Auflösung des Reichstags, der es eine „unmittelbare politische Verantwortung“ gegenüberstellt. Diese weist es der Regierung, jene der Mehrheit der Volksvertretung, insbesondere der nationalliberalen Partei zu. In verständiges Deutsch übertragen heißt dies: Die Regierung hat die Ablehnung der Socialistenvorlage oder vielmehr das Attentat vom 2. Juni als Vorwand für die Auflösung des Reichstags benutzt zu dürfen geplaudert, da nach dem ganzen bisherigen Verhalten der Reichstagsmehrheit ein ersprießliches Zusammenwirken der gesetzgebenden Factoren nicht mehr erwartet werden darf. Das ist eine dankenswerthe Klärung der Gegenseite. Die eigentliche Absicht der Auflösung ist gegen die „nationalliberale Partei in ihrer bisherigen Zusammensetzung und Leitung“, gerichtet, das heißt im Grunde doch wohl gegen die von ihr in dieser Zusammensetzung und Leitung vertretenen Grundsätze und Bestrebungen. Gegen diese ruft das Organ der Regierung die Bevölkerung zum Kampfe. Nun wohl, diese Grundsätze und Bestrebungen finden sich in dem Aufrufe des Centralwahlcomites bezeichnet. Was hat die Regierung an demselben auszusuchen? Ist es der Ausbau der Institutionen des Reiches in constitutionellen Sinne? Sicher war man der Ansicht, daß Fürst Bismarck wohl über den Weg und das Tempo dieses Ausbaus, nicht über das Ziel selbst mit der nationalliberalen Partei verschiedener Meinung sei. Gegen die Sicherung der Bedingungen einer stetigen und wohl erwogenen Leitung der Regierung aber wird er kaum etwas einzuwenden haben. Wenn die „Prog.-Corresp.“ vor einiger Zeit in einem Artikel über die Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck“ sich über einen unfruchtbaren Doctrinärismus auf Seiten der Reichstagsmehrheit beschwert hat, so hat sie dafür ebenso keinerlei Beweis beigebracht, wie sie andererseits jeden bestimmten, positiven Aufschluß über seine Wirtschaftspolitik stolz geblieben ist. Nach allem fragen wir auf's Neue: Was hat die Regierung an diesen Grundsätzen und Bestrebungen der nationalliberalen Partei auszusuchen? Es ist endlich Zeit, daß ihre Organe an die Stelle der vagen Verhältnisse und der unerwiesenen Beschuldigungen ein klares, positives Gegenprogramm setzen, damit das Volk zwischen den beiden zu wählen im Stande ist.

[Ablehnung der Kandidatur für den Reichstag von Seiten Miquel's.] In der gegenwärtigen politischen Lage, schreibt das nationalliberale Informations-Organ, wäre es doppelt wünschenswert gewesen, wenn einer der hervorragendsten Männer unserer Partei, Herr Oberbürgermeister Dr. Miquel, sich zur Wiederannahme eines Mandats für den Reichstag hätte entschließen können. Herr Miquel hat indes auf die an ihn ergangenen Anfragen erklärt, daß die Theologie einer schützöllerischen Eisengroßindustriellen als gegen ihren schlimmsten Gegner alle Mittel schon voriges Mal in reichem Maße spielen ließen. Damals siegte er in engerer Wahl mit 9972 gegen 8807 Stimmen. Seitdem hat die Zunahme der wirtschaftlichen Calamität in der Großindustrie den Eifer der schützöllerischen Agitatoren angespornt, so daß auf einen Sieg Richters im Kreise Hagen kaum noch zu rechnen ist. Vor aussichtlich findet sich aber ein starker fortschrittlicher Wahlkreis für Richter. — Der Marx'sche Brief, betreffend Lothar Bucher, wird zu einer Höhe aufgebaut, die ganz ungerechtfertigt ist. Alle Welt weiß, daß der demokratische Flüchtling, der einzige Verurtheilte des Steuerverweigerungsprozesses, Gerichtsrath Bucher, nach Deutschland zurückgeföhrt, mit seinen alten politischen Freunden, die den Nationalverein und die Fortschrittspartei begründeten und für wirtschaftliche Freiheit eintraten, sich nicht mehr auf gleichem Boden befand, daß er hingegen mit Lassalle persönlich befreundet war, mit diesem in Compagnie das ergötzliche Buch gegen Julian Schmidt schrieb und ihm auch, wenngleich sehr vorsichtig, in dem Streite mit Schulze-Delitzsch bestand. Noch heute verkauft jeder socialdemokratische Colporteur Lassalle's Rede vom 16. April 1863 nebst dem Briefe von L. Bucher an das Leipziger Comité vom 20. April 1863, in welchem er einen Vortrag zu halten sich bereit erklärt über eine in den Streit zwischen seinem Freunde Lassalle und seinem ehemaligen Parteigenossen Schulze-Delitzsch einschlagende Frage. Bald nach Lassalle's Tode (31. August 1864) trat Bucher in den Dienst des auswärtigen Ministeriums; er hat gleich darauf einem damaligen Anhänger Lassalle's erklärt, dieser habe um die Verurtheilung gewußt und seinen Entschluß gebilligt. Es läßt sich nun ja beweisen, daß bis 1866 die Socialdemokraten in Verbindung mit der preußischen Regierung standen, um „in Anlehnung an die Junferpartei“ die Fortschrittspartei zu bekämpfen. Aber Bucher hatte doch damit absolut nichts zu thun; das war das Ressort Wagner's, der seinen bekannten „Arbeiter Preuß“ dazumal in die Redaktion des „Socialdemokraten“ als Schweizer's Unterredakteur entsendete, und die Verschmelzung des socialdemokratischen Arbeitervereins mit dem preußischen Volkverein beabsichtigte. Wenn Marx die Vermuthung ausspricht, Bucher habe noch als Legationsrath für die in der Schweiz erschienenen kommunistischen Flüchtlingsblätter geschrieben, so ist dies nur ein Ausfluss des Hasses. Für solche Blätter schrieb Bucher nicht.

[Der Jahresbericht der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung für das Jahr 1877.] welcher soeben erschien, beflagt ebenfalls den Druck der Zeitverhältnisse, der sich namentlich in Bezug auf den Rückgang der unterstützenden Mitglieder bemerklich macht. Die Zahl der persönlichen Mitglieder sank von 4426 auf 4360; auch die Ausbreitung der Thätigkeit der Gesellschaft wurde durch diese Ungunst beeinträchtigt, da die Gründung und Heranziehung neuer Vereine sehr schwierig wurde, wenn es auch gelang, in dieser Richtung den Bestand etwas zu erweitern. Die Zahl der corporativen Mitglieder stieg von 718 auf 772, aber der Zuwachs bleibt hier ebenfalls gegen die früheren Jahre zurück. Als wesentlichstes Förderungsmittel bewährten sich auch im vorigen Jahre die öffentlichen Vorträge, deren die Gesellschaft 471 in allen Theilen Deutschlands vermittelte; außerdem veranlaßten die Zweigvereine 89 Vorträge, die Verbände 159, ganz abgesehen von den Vorträgen in localen Verbänden, von denen im rheinisch-westfälischen Verbande 754 von 493 Rednern gehalten wurden. Von den acht Abtheilungen des Wander- und Volkmuseums, welches die Vorträge in dankenswerter Weise zur Ausführung bringt, ist im vorigen Jahre in 37 Ortschaften Gebrauch gemacht worden.

[Raubmörder Thürolff.] Vor dem 1. Strafgericht des Berliner Obertribunals gelangte am Mittwoch die Nichtigkeitsbeschwerde desselben gegen den schwurgerichtliche Erkenntnis vom 22. Februar c., wonach er bekanntlich wegen Raub- und Mordfalls auf den Breitsträger Kühler zu zehn Jahren Buchdienst, wegen Mordes und Verabreichung des Tischlers Lude zum Tode verurtheilt worden war, zur Verhandlung. Thürolff hatte ursprünglich in beiden Punkten auf die Nichtigkeitsbeschwerde gedrungen, doch auf Anraten seines Vertheidigers, J. R. Primier, die selbe nur im Betreff des Lude'schen Falles aufrecht erhalten. Hierin rügte die Beschwerde namentlich den Umstand, daß der Untersuchungsrichter Hollmann behufs Ergänzung der Aussage der Kirchhofsausseher Steinre zu Charlottenburg als Zeuge auf seinen Amtssitz vernommen und daß seine Aussage zum Zweck der Beweisaufnahme vorgelesen worden war. — Die p. Steinre, welche nun mehr verstorben ist und zuletzt noch auf dem Krankenlager am 19ten Februar c. vernommen wurde, war diejenige Zeugin, welche den Thürolff mit dem Lude schon längere Zeit vor dem Morde zusammen im Grünewald gesehen und dadurch die Behauptung des Thürol

ihre zweiten Vernehmung wegen zu großer Schwäche nur nochmals die Richtigkeit ihrer ersten Angaben — sie hatte damals den Thürolff, der ihr mit drei Schuhleuten in Civil vorgestellt wurde, sofort heraußerkannt — constatieren, vermochte aber das Protokoll nicht mehr zu unterschreiben. Die Generalstaatsanwaltschaft (D.-St.-A. Schuler) führte dem von der Vertheidigung angesuchten Richtigkeitsgrunde betreffs der zum Zwecke der Beweisausnahme vorgenommenen Vernehmung des Untersuchungsrichters Hollmann gegenüber aus, daß eine solche Vernehmung geleglich nicht verboten sei und beantragte Zurückweisung der Beschwerde, auf welche auch nach kurzer Beratung erkannt wurde.

Kiel, 20. Juni. [Bartels+] Der bekannte Kliniker, Geh. Rath Prof. Dr. Bartels, ist heute Morgen gestorben.

Dresden, 20. Juni. [Die Jubiläumsfestlichkeiten] haben mit dem gestrigen Hoftag ihren Abschluß gefunden. Während der fünf Feiertage, wo es in den Straßen sich bewegende Menschenmenge oft hundert Tausend überschlug, ist kein Unfall und keine einzige Störung zu verzeichnen gewesen. Die Polizeibehörde hatte jede das Publikum belästigende Maßregel vermieden. — Die Majestäten sind heute Mittag nach Pillnitz zurückgekehrt. Prinz Albrecht von Preußen ist in der Nacht nach Kamenz, die großherzoglich sächsischen Herrschaften sind heute Nachmittag nach Weimar abgereist. Erzherzog Wilhelm hat sich bereits gestern nach Wien zurückgegeben. — Das „Dresdener Journal“ veröffentlicht eine lange Reihe von Ordensverleihungen und Auszeichnungen.

Darmstadt, 18. Juni. [Vom Landtage.] Die erste Kammer, welche nach Schluss der gestrigen Sitzung vorerst ihre Arbeiten eingestellt hatte, wird nächsten Freitag diese wieder aufnehmen, namentlich die Justiz-Vorlagen nach inzwischen erfolgter Berichterstattung in Verhandlung ziehen. — Die zweite Kammer wird sodann am 28. d. zusammentreten, um noch einige Gelegenstände, insbesondere eine Reihe von Rückäußerungen der ersten Kammer zu erledigen.

Stuttgart, 18. Juni. [Beschlagnahme.] Der „Schwäb. Merk.“ berichtet: „Von der hiesigen Polizei ist legten Sonntag in der Genossenschaftsbuchdruckerei eine socialdemokratische Flugschrift in Wählischen aufreibenden Inhalts mit Beschlag belegt worden. Sie war auf Bestellung von Hellbronn dorthin in einer Anzahl von Exemplaren geschickt, die Vorberichtigung hier aber erst in einigen Exemplaren bewerkstelligt worden. Sie führt den Titel: „Trau, schau, wem!“

Straßburg, 19. Juni. [Der Kongress und die Optionsfrage.] Das „Elsässer Journal“ schreibt: Nach unserem Dassurhalten ist durch den Kongress und die gegenwärtige Anwesenheit der höchsten diplomatischen Autoritäten Frankreichs in der deutschen Hauptstadt mehr als je die Möglichkeit geboten, bei dieser Gelegenheit auch die Optionsfrage, die auf Elsass-Lothringen, gleich wie die orientalische Frage auf Europa, wie ein Alp lastet, um ein gutes Stück weiter zu bringen. Wie nämlich bekannt, liegt eine der Hauptchwierigkeiten bei der Optionsfrage darin, daß Deutschland und Frankreich über die Auslegung der bezüglichen Bestimmungen des Friedensvertrages nicht einig sind. Frankreich erkennt als gültige Optionen, deren Gültigkeit Deutschland verwirft. Es folgt daraus, daß Elsass-Lothringen, die ihre Option gültig glaubten, wenn sie in ihre Heimat zurückkommen wollen, von den deutschen Behörden als Fahnenflüchtige angesehen werden. Diese Unglücksfälle beheben vergebens, daß sie in gutem Glauben gehandelt, daß sie in Frankreich als Franzosen behandelt werden. Die deutsche Verwaltung gehorcht Vorschriften, die den Friedensvertrag ganz anders deuten, und da sie unmöglich dem, was sie ihrerseits als Gesetz betrachtet, zuwider handeln kann, bleiben alle Beschwerden fruchtlos. Dieser Meinungsverschiedenheit und der dadurch herbeigeführten Rechtsunsicherheit kann nur durch eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich über eine gemeinsame Auslegung des Friedensvertrages ein Ziel gesetzt werden. Könnte die deutsche Regierung nicht die Anwesenheit des Herrn Waddington in Berlin zur Besprechung der durch die Optionsfrage hervorgerufenen Schwierigkeiten bensigen? Selbstverständlich würde es sich nicht um die Eröffnung definitiver Unterhandlungen mit dem französischen Minister handeln; dieser hat sich gegenwärtig mit ganz anderen Dingen zu beschäftigen, und weder Fürst Bismarck noch Herr v. Bülow haben jetzt Muße, in solche Einzelheiten einzugehen. Aber könnten die leitenden Staatsmänner sich nicht im Prinzip dahin verständigen, daß eine Einigung angestrebt und zu diesem Zwecke eine besondere internationale Commission eingesetzt werde? Sollte dieser Vorschlag in Betracht gezogen werden, so könnten dieser Commission einige Vertreter des Landes beigegeben werden, welche besser als irgendwer derselben gute Rathschläge geben und nützliche Hilfe leisten könnten.

## Ö ster r e i ch.

\*\* Wien, 19. Juni. [Österreich gegenüber dem englisch-russischen Einverständnisse.] Das England und Russland im Wesentlichen über den Punkt einig sind, den Traktat von San Stefano im Ueblichen aufrecht zu erhalten, wenn die bewußten zehn Abredungen, die der Vertrag vom 30. Mai zwischen Schwaloff und Salisbury formulirt hat, daran vorgenommen sein werden: das ist, nach der Erklärung, die der Herzog von Richmond im Oberhause abgegeben, eine unumstößliche Thatsache, mit der Graf Andrássy rechnen muß und deren Anerkennung auch unsere Offiziere sich nicht länger entziehen können. Daß sie das mit dem ungeheuerlichsten Aufwande moralischer Entrüstung über John Bull's angebliche Persönlichkeit thun, ändert nichts an der Sache, indessen zweifle ich sehr, ob diese ihre Entrüstung irgendwie an maßgebender Stelle gelobt wird. Als vor etwa drei Wochen der „Globe“ seine ersten Enthüllungen brachte und dadurch in unseren Delegationen die größte Beunruhigung hervorrief, da ja jene Publication im Grunde schon das ganze Uebereinkommen enthielt, beschwichtigte Graf Andrássy die Besorgnisse, die Götska und Graf Apponyi ausdrückten, mit der Bemerkung, er begreife gar nicht, wie man darin etwas Auffallendes finden könne, daß England lediglich über seine eigenen Interessen verhandelt habe; Österreich hätte sich in seiner Großmachtstellung ja geradezu verletzt fühlen müssen, wenn D'Israeli es, durch eine Verhandlung über unsere Interessen mit Russland, hätte bevorumt wollen.... Deshalb von einer Isolierung zu sprechen, sei ein Pessimismus, wie er eben nur bei uns zu Lande vorkommen könnte. Bis zum Frieden von San Stefano sahen hier alle „Realpolitiker“ mitleidig vornehm auf die Laten herab, die sich der Illusion hingaben, als ob die österreichischen und die englischen Interessen im Oriente sich unter einen Hut bringen ließen. Nichts war nach den Galopins des Pressbüros einfacher, als auf die angebliche Identität der russischen und österreichischen Interessen ein österreichisch-russisches Bündnis zu gründen! Nichts alberner, als bei dem diametralen Gegensatz der Interessen Englands und Österreichs, von der Möglichkeit einer Allianz zwischen diesen beiden Mächten auch nur zu träumen! Und Derby erklärte als Minister im Parlament, während er die Interessensphäre Englands definierte, für die Reorganisation der Balkanländer zu sorgen, sei Sache Österreichs, über daß er sich sogar, gleich nach seinem Austritt aus dem Cabinet, in öffentlicher Sitzung die verleidendsten Ausdrücke erlaubte. Nun aber kam die Publication des Friedens von San Stefano, Salisburys Anspruch und seine berühmte Note vom 1. April, worin er den Vertrag für „absolut unbestreitbar“ in seinen Einzelheiten erklärte, weil das „Verwerfliche“ eben in deren „combinirter Wirkung“ lege. Trotz wiederholter und dringender Aufforderung aus London weigerte Graf Andrássy sich kate-

gorisch, diese Wendung mitzumachen und mit England gemeinsam die Einwilligung der Petersburger Regierung in die Vorlegung des ganzen Vertrages an den Kongress zur unabsehbaren Vorbedingung aller Verhandlungen zu machen. Unsere Offiziere machten sich weißlich über D'Israeli's „Formelkram“ lustig und radoirten in allen Tonarten: Das sei ja ganz vortrefflich, wenn sich erst Russland und England verständigten; dann kämen Russland und Österreich an die Reihe. Der Hinweis darauf, daß die erstere Verständigung weit einfacher sei, als die andere, die hinter den drohenden Rückhaltes zur Einen Hälfte entbehre, ward wiederum als „Preßpolitik“ abgesertigt. Aber waren denn die „Realpolitiker“ so geschickt, nicht sofort zu begreifen, wie nach allem Vorangegangen Schwaloff's Mission gar keinen andern Zweck haben konnte, als durch Specialisirung und Erledigung der englischen Einwürfe Russland zur Vorlage des Gesamtvertrags zu bewegen?

## S h w e i z.

Zürich, 18. Juni. [Aus dem National- und Ständerath.] — Gegen die Socialdemokratie. — Grütliverein und Arbeiterbund. — Zur Gotthardbahn. — Aus Solothurn und Einsiedeln. — Der Blitz löst das ewige Licht in der Kirche zu Eschenz aus. — Ultramontane Rebenvorwürfer. — Erbschleicher in Luzern und anderwärts. — Massenvergiftung zu Kloster. — Der Nationalrat schritt zur sauren Arbeit, den Entwurf des neuen Zolltarifs durchzuziehen. Das Innere wurde fast einstimmig beschlossen, nachdem eine längere Debatte gewaltet, in welcher besonders der Bündner Planta und die Genfer den neuen Zolltarif angriiffen; er sei schutzölnerisch, impfen den Grenzantonen die Schmaggelei ein und führe der Bundesfasse Einnahmen zu, welche sich auf andere Weise besser erzielen ließen, ohne die Consumenten so sehr zu schädigen. Die Versammlung stürzte sich dann kopfüber in den unendlichen Katalog der Waren und Tarife, wobei es stellenweise, z. B. beim Artikel Eisen, ziemlich heilig herging. — Im Ständerath wurde der bündnerthliche Rechenschaftsbericht für 1877 durchgenommen und mit einigen Bemerkungen gutgeheissen. Da die Geschüze jedes Jahr weiter tragen, so muß schon wieder der Waffenplatz Thun erweitert werden; ohne Murren wurden dem Bundesrat die dafür begehrten 70,045 Francs bewilligt. Eine Vorlage über anderweitige Organisation der bündnerthlichen Geschäfte wurde angenommen, ebenso das Gesetz des Bundesrates um Erneuerung statt Auszahlung von 2 Millionen Francs Kassen scheinen. — Die Bundesversammlung (vereinigte Räthe) wies das Begnadigungsgesetz eines fürstlich wegen Insubordination kriegsrechtlich verurtheilten Wachmeisters zurück. — Man liest in der „N. Zürcher Zeitung“: „Nach einem etwas unwahrscheinlichen Gericht, das durch die schweizerischen Blätter geht, sollen bereits drei preußische Polizeispitzen in Civil in Zürich eingetroffen sein, mit dem Antrage, nach Comploten der Berliner Attentäter zu forschen: Nobile soll sich früher hier aufgehalten haben.“ Es wird auch erzählt, der deutsche Gefannte, General von Röder, habe mit dem Bundes-Präsidenten Schenk wegen besserer Überwachung der Socialdemokraten und Anarchisten in der Schweiz eine vertrauliche Unterhaltung gehabt.

Die Abgeordneten-Versammlung des schweizerischen Grütlivereins hat in Luzern mit 119 gegen 28 Stimmen beschlossen, einen förmlichen Bundesvertrag mit dem (internationalen) schweizerischen Arbeiterbund abzulehnen, ohne jedoch einen freundschafflichen Vertrag abzubrechen. — Die Eingabe von sechs Regierungen (Genf, Wallis, Waadt, Freiburg, St. Gallen und Graubünden) an den Bundesrat erörtert die Bedenken und Gefahren eines Bundesbeitrages an die Gotthardbahn, versichert übrigens, daß man sich einer ihm günstigen Volksabstimmung freigen werde. Nachdem die Eingabe der Verfassungswidrigkeit eines solchen Beitragess erörtert, fährt sie fort: „Es dürfte auch die politische Unabhängigkeit des Bundes gegen außen schwere Einbuße erleiden. Die finanzellen Kräfte gebrochen und verständet, die Integrität der Bundesbehörden preisgegeben und an die Interessen fremder Regierungen geknüpft, außer Stande, dem eigenen Willen mit der Vollkraft eines unabhängigen Volkes Nachdruck zu verschaffen, wird die Schweiz um die Gunst des Auslandes buhlen müssen, um in ihren Beziehungen zu anderen Völkern jene Rücksichten zu erhalten, die sie für ihre Industrie und Landwirtschaft in so hohem Maß bedarf. Der finanzielle Ruin des Landes wird auch den Untergang der politischen Unabhängigkeit desselben nach sich ziehen.“ — Das Volk von Solothurn hat das neue Cantonsspital in Osten mit 6801 gegen 2205 Stimmen genehmigt; die Minderheit bestand meist aus humanen Ultramontanen. — Der Bezirksrat von Einsiedeln hat anerkannt, daß Selbstmörder auch zum menschlichen Geschlecht gehören; sie sollen der Reihe nach in geweihter Erde beigesetzt werden. — Papst Leo hat in einem eigenhändigten Schreiben den Gebrüdern Benziger in Einsiedeln seine Genugthuung über ihre echt katholischen Verlagsunternehmungen ausgesprochen; diese Herren machen mit Heiligenbildern u. a. auch in Amerika, riesige Geschäfte. — So wenig ist der Gott der Katholiken über seinen Blitz Meister, daß er jüngst denselben in die katholische Kirche zu Eschenz, Canton Thurgau, fahren und das ewige Licht auslöschen ließ. — Zu Collonge, Canton Genf, schnitten gesinnungsläufige Hallunken ultramontanen Bekennissen in den Reben des christkatholischen Pfarrhauses an 680 Stöcken die jungen Triebe ab. — Nach dem Tode des Chorherrn Echopp in Münster, Canton Luzern, waren die Erben sehr verwundert, nichts vorzufinden, und erhoben Prozeß gegen die geistlichen Herren des Stifts, welche ihren Collegen in den Himmel befördert hatten. Es fanden sich nun wirklich 30,000 Francs Wertgeschäften vor, für welche die Erben die Nachsteuer zahlten. Über die Stiftsherren behaupteten, der Verstorben habe dies Vermögen drei Tage vor seinem Tode dem Stift geschenkt! Und siehe, das weise Obergericht von Luzern gab den Erben Unrecht, so daß diese mit ihrer Nachsteuer das Nachsehen haben! — Bekanntlich rechnete Papst Leo in seiner Encyclik unter die Sünden und Laster der Gegenwart auch „die unersättliche Gier nach vergänglichen Gütern.“ Aber „warum in die Ferne schwelten? Sieh, das Schlechte liegt so nah!“ Der heil. Vater selbst sah sich genötigt, seine meisten Hausprälaturen und Diener fortzuziehen, weil sie seinen Vorgängen gar zu groß bestohlen hatten. Cardinal Antonelli hinterließ 40 Millionen und seine Tochter muß processieren, um doch etwas herauszuschlagen. Und dann die Erbschleicher: Kanzler Duret und tutti quanti! In welche Kategorie gehören endlich die Peterknechte, welche millionenweise eingekennst werden? Ja, Rom hat die Kunst verstanden, aus jedem Glaubensartikel eine Finanz und aus jedem Sacrament und Nichtsacrament Geld zu machen; es kanonisierte die Simonie. — Die Massenvergiftung am Sängersfest zu Kloster rührte von einem kranken nüchternen Kalb her; der Mezzger Heizmann und der Festwirth Ehrenperger sind verhaftet.

## F r a n k r e i ch.

Paris, 18. Juni. [Personalien.] Der Prinz von Wales kehrt heute nach London zurück; Erzherzog Ludwig Victor ist gestern Abend nach Dresden abgereist. Dagegen ist heute früh der ehemalige König von Portugal, Don Fernando, mit seiner Gemahlin, der Gräfin

Ella, und seinem Sohne, dem Herzog von Coimbra, in Paris eingetroffen.

Paris, 19. Juni. [Der Arbeiterkongress.] — Der Kongress der katholischen Comités. — Man hat im Allgemeinen von den beiden katholischen Congressen, welche in den letzten Tagen versammelt waren, dem Arbeiterkongress und dem Kongress der katholischen Comites wenig Notiz genommen. Die ultramontanen Blätter haben lange Berichte darüber gebracht, aber wir zweifeln sehr, ob ihre Leser den Nutzen verspüren, dieselben bis zum Ende zu lesen. In der Arbeiterversammlung führte De Mun und in der Versammlung der katholischen Comites Chênelong das große Wort. Es wäre schwer zu sagen, wer von beiden es in der Kunst zu langweilen weiter gebracht hat. Interessant ist es jedoch zu sehen, durch welche Mittel der Ultramontanismus in Frankreich auf die Arbeiter zu wirken sucht, und wie er sich zu den Vorgängen in Deutschland stellt und da ist z. B. folgende Neuersetzung des „Univers“ bemerkenswerth. Das Blatt Louis Beauvois' spricht von der Übereinstimmung, welche in manchen Stücken zwischen den Ultramontanen und Socialisten herrscht. „Die Kritik ist dieselbe und der Feind ist der nämliche. Die Katholiken durch ihr Billigkeitsgefühl und ihr Mitleid geleitet erkennen die Leiden der Arbeiterklasse an; sie machen sich zu Beschützern jedes rechtmäßigen Anspruchs. Es ist sicherlich ein großer Schritt geschehen und wir scheuen uns nicht zu versichern, daß die sociale Frage nicht anders gelöst werden kann. Die meisten deutschen Katholiken haben diesen Weg offen betreten. Indem sie wissenschaftlich zu Werke gehen, haben sie fast die ganze ökonomische Kritik des Socialismus angenommen, obwohl sie die Schlussfolgerungen derselben zurückweisen.“ Hören wir jetzt, wie de Mun sich an die Arbeiter wendet: „Man bedient sich des Arbeiters, ruft er, wie der Kohle, welche man in die Maschine wirft. Er ist nur noch ein vorübergehender Trembling, welcher dem Arbeitgeber unbekannt ist, ein Werkzeug, aus dem man den größtmöglichen Vorteil zu ziehen sucht und welches von einer Hand in die andere geht, immer dem Meistbietenden folgend. So hört man denn auch jeden Tag einen wilden und leidenschaftlichen Ruf der Männer, welche leiden und sich beklagen. Jeder Tag vermehrt ihre Zahl und die Söhne der Revolution fehren sich gegen ihre Mutter um und fragen, was dieselbe für sie gethan hat.“ Dazu bemerken die „Débats“ mit Recht: Es ist leicht zu errathen, welche Antwort de Mun im Namen der Arbeiter auf diese Frage giebt. Die Emancipation der Arbeit, die Einführung der Unabhängigkeit jedes Einzelnen, das Gesetz der freien Concurrenz, die Befreiung der Zollschranken, all die Werke der Revolution und des Liberalismus haben nur Unheil hervorgerufen. Die Ultramontanen verkünden das ebenso laut, wie die Socialisten auf die Gefahr hin, in den Arbeitermassen die gefährlichsten Nachgeblüste zu erwecken. Freilich, die Ultramontanen schmeicheln sich mit der Hoffnung, die Begierde, die sie erregt haben, mit Hülfe der großen moralischen Gewalt, über die sie verfügen, niederzuhalten und zu regeln. Aber es ist das die große Täuschung aller derjenigen, welche den Brand entzünden, mit der heimlichen Überzeugung, daß sie allein im Stande sein werden, ihn zu lösen.

## G r o ß b r i t a n n i e n.

A. A. C. London, 18. Juni. [Parlamentsverhandlungen vom 17. Juni.] Im Oberhause, das zum ersten Male wieder nach den Pfingstferien tagte, erludigt sich Lord Granville bei der Regierung, ob das jüngst vom „Globe“ veröffentlichte Memorandum mit Bezug auf eine Vereinbarung zwischen England und Russland authentisch sei, und wenn so, ob die Regierung bereit sei, dem Hause Auffschluß über den Paragraphen zu geben, welcher sich auf ein britisches Protectorat über Kleinasien beziehe.

Der Herzog von Richmond und Gordon (Präsident des Conseils) erwidert: Das öffentliche Document röhrt angeblich von einer Person her, die Zugang zu den vertraulichen Schriftstücken hatte. Die Veröffentlichung ist, soweit Ihrer Majestät Regierung dabei in Betracht kommt, gänzlich unauthorisiert und darum erschöpfend. Als eine Ausnahme ist der Politik Ihrer Majestät Regierung ist das Schriftstück unvollständig und demnach ungenau. Nur gehörige Zeit und sobald als möglich wird Ihrer Majestät Regierung dem Parlament die volle Information über den Gegenstand zu Theil werden lassen, aber inzwischen müssen wir das Parlament in öffentlichen Interessen erfüllen, uns zu rechtfestigen, wenn wir jedoch weitere Antwort auf die gestellte Frage verweigern.

Lord Granville wünscht zu wissen, ob diese Information im Laufe der Kongress-Unterhandlungen oder am Ende derselben ertheilt werden würde.

Der Herzog von Richmond und Gordon: Ich bin nicht in der Lage, die Frage des edlen Lords im gegenwärtigen Augenblick zu beantworten.

Carl Grey fragt, ob, da das Schriftstück erschöpft worden und darum unvollständig sei, der edle Herzog nicht einräume, daß es gänzlich ungenau sei.

Der Herzog von Richmond und Gordon: Ich constate, daß ich so etwas nicht eingeräumt habe.

Lord Houghton hält es für ein großes Missgeschick, daß das Document veröffentlicht wurde. Die Wirkung desselben auf ganz Europa sei eine mächtige gewesen. In Frankreich sei ein höchst veinhaltiges Gefühl erzeugt worden. Das Schriftstück zeige, daß England nicht mit reinen Händen den Kongress betreten habe — ein Umstand, der sicherlich nicht dazu angehört, die Würde Englands zu heben.

Carl Grey glaubt, das Haus besitze ein Recht, etwas mehr über die Angelegenheit zu hören.

Der Herzog von Richmond und Gordon: Ich habe die von mir ertheilte Antwort wohl erwogen, und ich muß es gegenwärtig ablehnen, mich weiter auf die Angelegenheit einzulassen.

Der Gegenstand wird sodann verlassen und bald darauf vertagt sich das Haus.

Im Unterhause, dessen Sitzung, wie üblich, um 4 Uhr eröffnet wird, nehmen Mr. Otway und Mr. Giles, die neuen Abgeordneten für Rochester resp. Southampton, ihre Sitze ein. Von Marquis of Hartington bezüglich der Authentizität des im „Globe“ erschienenen Documenten betreffs der englisch-russischen Vereinbarung, erhebt der Schatzkanzler eine ähnliche Antwort wie die, welche Seitens des Conseilspräsidenten im Oberhause erfolgte. Der Homerulus Lord R. Montagu kündigt an, er würde demandir den Antrag stellen, daß die am 30. Mai von Lord Salisbury und Graf Schwaloff unterzeichnete Uebereinkunft zwischen den Regierungen Englands und Russlands nebst dem dazu gehörigen Annex eine Abweichung von der vom Premierminister in 1876, 1877 und 1878 erklärten und vom Parlament unterstützten Politik, sowie eine Verleihung der Rechte des Landes bilde und nachteilig für die Landesinteressen sei.

Mr. Hanbury erklärt in Erwiderung einer Anfrage Sir W. Bartelots, er beabsichtige nicht, den von ihm angemeldeten Todesantrag gegen Mr. Gladstone wegen seines im „Nineteenth Century“ erschienenen Artikels über die Verusung indischer Truppen nach Europa einzubringen und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, daß der Augenblick dafür kein gelegener sei und er auch Ursache habe, zu glauben, daß er nicht die Unterstützung der Regierung oder der Majorität des Hauses erhalten würde. Mr. Gladstone, der, als er sich erhob, von der Opposition lebhaft begrüßt wurde, bemerkt, er habe nicht den Wunsch, Mr. Hanbury zur Einbringung seines Antrages zu dulden, sondern wolle es dem Hause überlassen, mit demselben nach Gviden zu verfahren. Über ein solcher Antrag, der tatsächlich die Ausstözung eines Mitgliedes bezwecke, sollte nicht angemeldet werden ohne einen festen Entschluß denselben zum Ausdrage zu bringen und Mr. Hanbury hätte an alle die Einwände, die er nun vorbringe, vorher denken sollen. Indes im Hinblick auf den Ton, in dem Mr. Hanbury von dem Artikel gepröft, in welchem er (Gladstone) sich bemüht, als loyalen Unterthan der Krone seine Pflicht zu ihm, sei es wahrscheinlich, daß eine Diskussion darüber dem Gemeinwohl nicht dienlich sein dürfe. Mr. Hanbury zieht hierauf seinen Antrag förmlich zurück. — Legislativische Geschäfte von nicht sehr allgemeinem Interesse beschäftigen sodann das Haus bis gegen 2 Uhr Morgens.

Der große Streit der Baumwollen-Arbeiter in Lancashire.] der zu so großen Gewaltthäigkeiten auf Seiten der Arbeitslosen geführt und einen auf die Dauer unerträglichen Zustand erzeugte, ist nunmehr als gänzlich beigelegt zu betrachten. In Blackburn, Burnley, Accrington und anderen Fabrikorten Lancashires fanden gestern zahlreiche Arbeiterversammlungen statt, von denen die meisten im Hinblick darauf, daß keine hinreichenden Mittel zur Unterstützung der Sitidenden vorhanden sind, den

Beschluß fachten, die Arbeit zu der Lohnherabsetzung von 10 p.C. wieder aufzunehmen. In Blackburn entschieden sich von 78 "Shop meetings" 51 für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit. Das "Loy.-ungs-Comite hat eine Adress an die Fabrikarbeiter erlassen, in welcher es nach einem Rückblick auf die Geschichte des Streites heißt: "Wir glauben, Ihr werdet mit uns sagen, daß jeder ehrenvolle Vergleich angeboten und jede Anstrengung gemacht wurde, um diesen ungünstlichen Kampf zu einem Abschluß zu bringen, aber ohne Erfolg, da die Arbeitgeber augenscheinlich entschlossen sind, daß die Gerechtigkeit dem Reichthum, der Macht und dem Einfluß unterliege. In Folge des durch die Krawalle erzeugten Vorurtheils und der Stodung in allen Industriezweigen finden wir es unmöglich, Fonds für den Unterhalt von 700,000 Webbern zu beschaffen, welche zu einem Schilling pro Person wöchentlich 3500 Pf. St. erfordernd wären. Wir ratzen demnach den Webbern, zur Arbeit zurückzukehren. Die Arbeitsförderung hat die Ansichten der Arbeiter mit Bezug auf die Doctrin einer Verringerung der Production bestärkt; hätte diese Arbeitsförderung nicht stattgefunden, so würden viele Arbeitgeber bereits banferott gewesen sein." Das Manifest schließt mit einem Rathe an die Arbeiter, die Regierung zu ersuchen, Schiedsgerichte herzustellen, damit ein ähnlicher Kampf zwischen Capital und Arbeit, wie der vorher verlaufene, verhindert werde, und es deutet an, daß bei der geringsten Besserung des Geschäfts das Comite die Ansprüche der Arbeiter auf bessere Löhne wiederleben würde. Seitens der Fabrikanten wurde beschlossen, heute (Dinstag) sämtliche Etablissements wieder zu eröffnen. Der Verlust an Löhnen während der dreimonatlichen Dauer des Streites und der Arbeitsperre wird auf nicht weniger als 60,000 Pf. St. veranschlagt, während 135,000 Webstühle und über 5 Millionen Spindeln feierten.

[In Preston] geht das Gerücht, daß Agenten sich bemühen, die Baumwoll-Arbeiter zu bewegen, nach Deutschland auszuwandern, wo 10,000 Arbeiter sofort lohnende Beschäftigung finden könnten.

## Provinzial-Zeitung.

Dresden, 21. Juni. [Angekommen.] Se. Excell. General v. Bichler, Gen. Inspr. der Feuerungen, aus Berlin.

\* [Commers.] Der zu Ehren der Herren Professoren Berger und Sommerbrodt veranstaltete Commers fand Mittwoch, den 19. d. Mts. in Beck's Casino unter Beihilfe einer sehr stattlichen Anzahl ihrer Schüler und Freunde statt. Nachdem Herr cand. med. Rabiers die Anwesenden begrüßt und die genannten Herren in bereiteten Worten gefeiert hatte, wurde von der Kneipstafel der übliche Salamander auf das Wohl Berger's und Sommerbrodt's gerichtet. In ihren Erwiderungen, die wiederum Beugriff ablegten von ihren freundlichstlichen Beziehungen zur Studentenschaft, nahmen dieselben schließlich Gelegenheit, die Verfassungen zu einem Hoch auf die Alma mater Viadrina resp. die medicinische Facultät aufzufordern. Nachdem nun noch der zweite Präsident Herr cand. med. Laquer des medicinischen Lehrkörpers in specie der beiden jüngsten Mitglieder desselben der Herren Professoren Ponfick und Simon in einer Ansprache gedacht hatte, folgten nach Abfistung des zweiten allgemeinen Liedes die Reden der Herren Professoren Spiegelberg, Simon, Ponfick, Herrmann Cohn und Scheidlen — von letzteren beiden auf die Frauen der Gesetzten. Die darauf verlesene Bier-Zeitung: "Dresdner Bier-Wesen, herausgegeben von einer Reihe namhafter Gelehrten" steigerte noch ganz besonders den Frohsinn der Versammelten, welche in ungetrübter Heiterkeit bis zur späten Mitternachtstunde aushielten.

\* [Nachtrag.] Der Notiz über die Königs-Geburtstagspredigten von Superintendent Schulz in Nr. 278 der "Bresl. Blg." ist noch hinzuzufügen, daß das Bändchen bei Ludwig Rauh in Berlin S. W., Kochstr. 58, zu haben ist und von dem Verleger Rauh bei Einsendung von 1 Mark in Postmarke vortrefflich gesendet wird. Am meisten würden sie sich eignen zur Vertheilung in Schulen am Sedanfest.

V Warmbrunn, 20. Juni. [Das Hochgebirge bei der diesjährigen Sonnenwende.] Von dem diesjährigen auch für unser Riesengebirge mit seltener Schönheit ausgestattet gewesenen Mai sind wir durch die Vermittelung einer regnerischen Vor- und Nachfeier des Pfingstfestes unermutig schnell wieder zum Höhepunkt des gegenwärtigen Jahresausgangs gelangt. Fast will man angesichts des immer noch frühlingssartig schwimmenden Bildes unseres Hochgebirges seinen Augen nicht trauen, daß uns eine nur noch nach Stunden zu bemessende Spanne Zeit vom Eintritt der Sommer-Jahreszeit trennt; denn es will uns fast bedenken, als ob die Schneefelder und Schneeschichten des Gebirges diesmal hartnäckiger auf der Conservirung ihres Winterweises beharrten, als in den vorangegangenen fast durchweg schneereicher Jahren. Nicht nur der breite Abhang des Lahnberges, an dessen Ostseite der Mittagsstein seine Blide in weite Ferne sendet, auch die Nordostseite des Reitträgers und der Weilenspitze, selbst die scharfantigen Ränder östlich von der großen Sturmhaube oberhalb der Agnetendorfer Schneegrube nach dem Mädelstamme zeigen unterm Thale immer noch ziemlich bedeutende Schneestiete, der Leichtänder und der eigentlichen Schneegruben, sowie des Schneereiservors der Seifenleyne gar nicht zu gedenken. Diese außerordentlich in diesem Jahre sich auffallend weiß erhaltenen Schneefelder geben dem Hochgebirgsbild in diesem Jahre im Gegensatz zu dem jetzt in seiner ganzen Höhe entwickelten Grün der Hochwälder und den laubblättrigen Vorbergen, ja sogar den in nächster Nähe des Schnees üppig grünenden einzelnen Matten des Hochgebirges selbst wieder so außerordentlich liebliche Reize, daß es jeden Reisenden, der noch seiner Ankunft den ersten Blick zum Gebirge erhebt, unverstethlich hinauslocken muß zu den heiteren Höhen, über welchen sich heute z. B. das prächtigste Blau eines klaren Juhimms wölbt. Wir wollen hoffen, daß auch der Julihimmel den nach der Bauernregel für die Erntezeit maßgebenden Witterungsphänomen gemäß seine sonnigen Tage für unsere Gebirgsreisenden nicht fehlen lassen wird.

\* Hirschberg, 20. Juni. [Liberaler Wahlverein. — Patriotisches. — Eisenbahn-Conferenz.] Der hiesige liberale Wahlverein beschloß gestern in einer Versammlung, welche er unter zahlreicher Beteiligung im Saale des Gasthofes zum schwarzen Adler hier selbst abhielt: 1) den bisherigen Reichstags-Abgeordneten des Hirschberg-Schönauer Wahlkreises, Dr. Georg v. Bünn, zu ersuchen, als Termin für die von ihm in Aussicht gestellte Berichterstattung, womöglich schon den 30. d. Mts. anzuberaumen; 2) bis auf Weiteres jeden Mittwoch eine Vereinsitzung abzuhalten und 3) eine Commission mit der Aufstellung eines den Verhältnissen entsprechenden Programms der liberalen Partei unseres Wahlkreises, welches der nächsten Versammlung zur Feststellung vorgelegt werden soll, zu beauftragen. Als Mitglieder dieser Commission wurden die Herren: Großmann-Hirschberg, Donat-Erdmannsdorf, Breyrich-Arndorf, Clemens-Hermisdorf u. K. und Linde-Hirschberg gewählt. — In Gersdorf bei Warmbrunn fand am vorigen Sonnabend aus Veranlassung der Militär-Begräbnis-Vereine des Hirschspiels (Gersdorf-Märzdorf und Hain) in beiden Kirchen je unter Beteiligung sämlicher Mitglieder ohne Unterschied der Confession ein Dank- und Bittgottesdienst statt. In der evangelischen Kirche hielt Herr Pastor Haym und in der katholischen Kirche Herr Pfarrer Budler die gottesdienstliche Ansprache. Dem Zuge in die Kirchen schlossen auch die Ortsvorsteher sich an. — Heut Vormittag trafen auf Salzwagen die Mitglieder der königl. Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn bezüglich Berathung über die projectirten Zweigbahnen Hirschberg-Schmiedeberg und Hirschberg-Petersdorf hier ein. Die beteiligten Herren begaben sich von hier auf den Kynast, um dort die Verhandlungen zu führen.

\* Altwasser, 20. Juni. [Ansprache.] Hier wurde heut folgendes Plakat gelesen:

"An meine Arbeiter! Die socialdemokratischen Lehren, welche durch gewissenlose Agitatoren mittelst Wort und Schrift ausgestreut werden, haben allerwärts die bedauerlichsten Verirrungen der Gemüthe herbeigeführt, wie dies die beiden freibefahlten Vorfallen auf die erhabene Person unsres ehrenwürdigen Kaisers Wilhelm beweisen.

"Die Schandhaten des 11. Mai und 2. Juni machen es jedem treuen Staatsbürgern, jedem rechtschaffnen Manne zur Pflicht, der weiteren Verbreitung jener gefährlichen Lehren entgegenzuireten.

"Darum richte ich an meine sämlichen Arbeiter den dringenden Ruf, mitzuwirken an der Erhaltung der Ordnung, an der Wahrung des gesellschaftlichen Friedens, an der Förderung wahrer Bildung und Gefüting. Das allein sind die Grundlagen, auf denen die Wohlfahrt des Einzelnen und der Gesamtheit gebeten kann!"

"Wer von Euch aber anderer Meinung ist, wer da glaubt, durch den Umturz aller gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse ein von fremden Agitatoren ihm vorgewiesenes Glück erstreben zu müssen, und demnach mit meinen aufrichtigen, auf Euer Wohl bedachten Absichten nicht übereinstimmt, der möge seine Arbeit bei mir niederlegen.

"Ich aber werde jeden Arbeiter, der erweislich socialdemokratische Bestrebungen unterstützt, oder gar für diese Irlehren agitiert, socialistische Ver-

sammungen besucht, socialistische Blätter in der Fabrik liest und verbreitet, sofort entlassen." — Neu-Ulswasser, im Juni 1878.  
Carl Tießl, Königl. Commerzien-Rath.

S. Striegau, 20. Juni. [Majestätsbeleidigungen. — Jan'sche Kunstausstellung.] Leider haben auch in hiesigen Kreise mehrere Personen wegen Majestätsbeleidigungen in Anklage stand verkehrt werden müssen. Seit mehreren Tagen ist hier selbst die ziemlich bekannte Jan'sche Glasphotographien-Kunstausstellung eröffnet. Dieselbe findet beim Publikum allseitige und wohlverdiente Anerkennung.

J. P. Aus der Grafschaft Glatz, 20. Juni. [Zum Kreishausbau in Glatz.] Vor einigen Tagen wurde aus Reichenbach gemeldet, der Kreis-Ausschuß habe dort zum Bau eines neuen Kreishauses ein Grundstück für den Preis von 48,000 Mark angekauft. Im Verhältniß zu diesem Preise kann also der für das neue Kreishaus in Glatz angelaufte Bauplatz vor dem Grünen Thor ein sehr billiger genannt werden, denn der Kreis-Ausschuß des Kreises Glatz hat für denselben nur 16,800 Mark gezahlt. Dabei ist der angelaufte Garten 2 Morgen 32 Qu.-Ruten groß, so daß der Kreis noch eine nicht unbedeutende Fläche davon wieder anderweitig verkaufen kann. Der Bau schreitet nun rüstig vorwärts, dürfte aber in diesem Jahre nicht ganz vollendet werden können.

\* Gleiwitz, 20. Juni. [Tagesschau.] In einer heut abgehaltenen Vorstandssitzung des hiesigen Turnvereins wurde beschlossen, daß für den 23. d. Mts. gefestigte Schauturnen nicht abzuhalten. — Am letzten Wochenende wurde verschiedene Bäcker eine Wagenladung Brot confisziert und meistbietend verkauft, weil sie der volizeilichen Verordnung, bei den zum Verkauf ausgelegten Broten das jedesmalige Gewicht kenntlich anzugeben, nicht nachgekommen waren. — Verhaftet wurde der Maler L. von hier, weil sich derselbe in einem Schanklocale einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben soll.

Gleiwitz, 20. Juni. [Kinder-Spaziergang.] Der für Montag, den 17. d. M., bestimmte Spaziergang der Schüler der hiesigen Simultan-Elementarschulen konnte wegen eingetretenen Regenweiteres nicht stattfinden und wurde daher gestern ausgeführt. — Der Ausmarsch erfolgte Mittags 1 Uhr unter den Klängen der Stadt-Capelle vom Marktplatz aus durch die Straßen der Stadt bis zum Germania-Denkmal auf dem Neumarkt, wo sich die Schüler der Simultan-Schule II. (Hüttenbezirk) dem Zuge anschlossen. — Von hier aus bewegte sich der imposante Zug von mehr als 2000 festlich gekleideten Kindern — die Knaben mit zahlreichen Fahnen die Mädchen mit aus farbigen Bändern gebildeten Pyramiden — nach dem Stadtwald. Die Angehörigen der Kinder und Freunde der Jugend hielten sich im Wald zahlreich eingefunden, für Erfrischungen aller Art war dort in mehr als hinreichender Weise gesorgt, so daß sich bald ein ungemein reges Leben entwickelte und zu einem wahren Volksfest gestaltet. Abends 8 Uhr wurde der Rückmarsch nach der Stadt angetreten; der Zug bewegte sich nach dem Marktplatz vor das Rathaus, von dessen Balkon Herr Kreis-Schul-Inspector Marx und Herr 1. Bürgermeister Kreidels Ansprachen an die Jugend hielten, denen ein Hoch auf den Kaiser und König folgte, welches tausendstimmigen Widerhall fand.

\* Laurahütte, 20. Juni. [Verschüttet. — Verbrannt. — Unvorsichtigkeit. — Meteor.] Gestern wurde der Bergmann Peter Wannert von hier in der Eugeniengrube von herabstürzenden Erdmassen verschüttet. Zu seinem Glück bildete eine Nische in der Stützmauer einen Schützenden Dach über ihm und nachdem ihm auf sein Hilferufen eine brennende Bergmannslampe hinuntergereicht worden war, konnte er durch einen freiglebienen Gang nach dem Haupthaft und von da ans Tageslicht gelangen. — Dem Haushalter Chorza wurde auf dem hiesigen Coalplatz seine beiden Pferde von glühendflüssiger Schlacke verbrannt, daß eins derselben nach zwei Tagen getötet werden mußte; das andere wird trotz der schrecklichen Brandwunden geheilt werden. — Der Fuhrwerksbesitzer N. von Wanda-Colonia lud vor dem Laden des Kaufmanns N. Zicker ab, als N. seinen Wagen wenden wollte, fiel sein zehnjähriger Knabe so unglücklich vom Wagen unter die Räder, daß ihm eins davon über das Gesicht und den Rücken hinwegging. Im bewußtlosen Zustande und stark blutend wurde das Kind von dem genannten Vater nach Hause gebracht. — Gestern Abend um 9½ Uhr wurde der südwästliche Himmel plötzlich durch ein prächtiges Meteor erhellt; das Phänomen leuchtete etwa 8 Secunden in rothblauen Farben, worauf es unter Zurücklassung strohbüschelartiger Streifen verschwand.

B. Hultschin, 20. Juni. [Gruben-Unglück. — Unglück durch Schubwaffe.] Auf dem Hrujchauer Krugschacht, nächst Ostrau, ist gestern früh 5 Uhr eine Entzündung schlagender Weise durch einen Bergmann verursacht worden, welche einige Minuten später geschehen, eine sehr große Dimension angenommen hätte. Da aber glücklicher Weise vorher sämliche Bergleute aufgefahren sind, so blieb das Unglück auf ein Menschenleben beschränkt. Der Schuldige, der durch Betreten eines verbogenen Dries mit brennender Lampe die Katastrophe herbeigeführt, ist ziemlich stark verbrannt und sieht nach der Genesung seiner Strafe entgegen. — Die unzähligen Unglücksfälle durch Waffen sind durch einen Fall, der sich dieser Tage im Baron v. Rothchild'schen Pal. zu Schillersdorf zugetragen, vermeidet worden. Als am Sonnabend Abend nach 10 Uhr der Berg-Chef Herr Jarosch aus Hultschin den ihm befreundeten Förster Herrn Reisig aus Schillersdorf nach Hause begleitete, begegnete ihm auf dem Rückwege der Parkwächter. Letzterer glaubte schon einen Raubüberfall erwischen zu haben, indem verlangte J. zum Förster Reisig zurückgeführt resp. von demselben recognoirt zu werden, und nachdem dies geschehen, entstand zwischen J. und dem Wächter ein Wortwechsel, welcher die Gemüther recht bald der Art erhielt, daß ein Handgemenge entstand, wobei J. dem W. das geladene Gewehr entzog und es durch Aufschlagen zu zerbrechen suchte. Bei dieser Gelegenheit entlud sich dasselbe und die ganze Schrolladung drang dem J. in den Unterleib. Jarosch befindet sich unter sehr färsorlicher Behandlung der hiesigen Aerzte bei seinem Vater Herrn Hector Jarosch, leidet selbstverständlich unangenehme Schmerzen und wird an seinem Ausstehen sehr gescheitert.

\* Notizen aus der Provinz.] \* Gr. Glogau. Der „Niederschl. Anz.“ berichtet: Am Sonnabend wurde ein Soldat des 2. Bat. Inf. Inf.-Regt. Nr. 59 von Kreisstadt hierher gebracht, damit er hier wegen Majestätsbeleidigung bestraft werde. Der Soldat hatte nach dem ersten Attentat auf unsern Kaiser seinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß die Regel des Höflichkeit verletzt habe, man wäre dadurch um einen Feiertag gekommen. Erst in vorheriger Woche wurde die Neuherung von Cameraden des betreffenden Soldaten zur Anzeige gebracht, was seine sofortige Verhaftung und Überstellung nach Glogau zur Folge hatte.

+ Primelnau. Am 17. d. Mts. haben Arbeiter beim Kiesgraben zwischen Petersdorf und Karsdorf, in der Nähe des sogenannten weißen Berges, fünf Urnen verschiedener Größe gefunden resp. ausgegraben. Die eine Urne ist beim Ausgraben und durch den Zutritt der Luft zerstört, eine zeigt viele Sprünge, während die drei anderen ziemlich wohl erhalten sind. Die Urnen sind von gebranntem Ton und befinden sich nur circa zwei Fuß unter der Erdoberfläche im schwarzen Sande. Das Kieslager, welches aufgedeckt werden sollte, befindet sich erst unter dem schwarzen Sande. Die größere Urne ist etwas über einen Fuß hoch, ebenso im Durchmesser, hat also eine runde Form, während die kleineren von schlanker Form sind. Der hiesige Dr. Scharsenberg hat den Inhalt der einen Urne untersucht und constatiert, daß derselbe aus Asche und Knochenresten von Menschen besteht. Der Fundplatz, jedenfalls ein Begräbnisplatz vorchristlicher Zeit, gehört zur Herrschaft Primelnau und dürften aus Anordnung des Herzogs weitere Nachgrabungen stattfinden. Die vier noch erhaltenen Urnen, welche sämliche Sprünge zeigen, befinden sich auf dem Dominium Petersdorf.

\* Döls. Am 19. Juni, Abends gegen 10 Uhr, wurde hier ein prächtiges Meteor gesehen, welches sich von Süden nach Norden zu bewegte und etwa 15 Secunden sichtbar war.

\* Königshütte. Montags verunglückten auf Krugschacht 2 Schlepper und ein Häuer. Leider sind die Ersteren unter dem Gerölle tot aufgefunden worden, während bei dem Häuer noch Hoffnung vorhanden ist, den selben am Leben zu erhalten.

\* Ratibor. Der „Oberschles. Anz.“ berichtet: Dr. Bernhard von Florencourt wird mit Quartalschluss die Redaktion der „Ratibor-Leobschützer Zeitung“ nieverlegen und an seine Stelle Herr Ober-Kaplan Emanuel Kempa treten. Ob Herr von Florencourt in seiner Eigenschaft als Journalist für die Interessen seiner Partei im In- oder Ausland wirken wird, darüber hat sich der College zur Zeit wohl noch nicht entschieden, aber dessen darf er wohl gewagt sein, daß er in seiner Partei überall anderswo mehr und besser verstanden werden wird, als in den hiesigen ultramontanen Kreisen.

\* Johannisberg (Jauerings) und seine Umgebung] Absteigt auf die Nachbarn österreichischer, vorzugsweise jedoch preußischer, eine unverwiderliche Anziehung aus. Seitdem nun noch die Eisenbahnverbindung, die österreichische durch Krautenthal bis an die preußische Grenze nach Landau zu verstellte Chausee, sowie die gut gepflegten Straßen nach Weißwasser, Freivaldau, Ottmachau die Communication sehr erleichtern, ist der Fremdenbesuch stetig in der Zunahme begriffen. Commune und Haushalter Jauerings, nicht minder die fürstbischöfliche Verwaltung haben in den letzten Jahren hinsichtlich der öffentlichen Wege und der äußeren Toilette der Häuser das Möglichste beigetragen, um den Besucher in Feiertagsstimmung zu versetzen. Die von allen Kammern gerühmten Naturwunder des frz. Gersdorffs Etablissements sind geeignet, eine solche Stimmung nicht unerheblich zu erhöhen. Auch der von Fürstbischof Diepenbrock bestellte Tiroler verschönkt den unverfälschten Gerstenhart in der Halle auf dem Schlossberg und ein dort im Freien verbrachter Abend ist für die näheren Nachbarn Jauerings: Gutsbesitzer, Lehrer, Leute an der höheren landwirtschaftlichen Lebranstalt Ob.-Hermisdorf, Beamten und Bürgern zum Gedränge geworden. Dank der von Potschau bestehenden Sonntagsbillets wird der Besuch des Breslauern, Strehlern u. s. w. erleichtert, lohnend indeß wird die Partie erst bei dem Aufwände von mindestens zwei Tagen. Die Preise der Lohnwagen auf dem Bahnhofe Potschau sind mäßig. Ein mit 4 Fahrgästen belegter Wagen kostet für Hin- und Rückweg an einem Tage 7 Mark, für die einfache Fahrt 3½ bis 4 Mark; die Verpflegungspreise halten hiermit gleichen Schritt. In diesem Jahre curiert ein Post-Omnibus täglich leider nur einmal zwischen Jauering und Potschau, dessen Abgang von Potschau Morgens 10%, von Jauering Morgens 5 Uhr 20 M. erfolgt. Die lebhafte Frequenz weist zeitweise auf die Nothwendigkeit einer Vermehrung dieser täglichen Verbindung hin, für welche ein Unternehmer unter günstigeren Straßenverhältnissen mindestens des Sonntags und Montags sicher auf seine Rechnung kommen würde. Den Fremden wird nicht unerwünscht sein zu erfahren, wie die verfügbare Zeit am besten auszunützen. Bei einfälliger Partie kann man den Part und Promenaden des Schlossberges und von dort aus den Kreisgrund besuchen. Wer zwei Tage zu verweben hat, besucht am ersten den Schlossberg, hierauf auf der durch den fürstlichen und Stadtwall führenden Straße Krautenthal oder dehnt das Ziel von letzterer Straße an dem Einfluss des Waldecker Wäfers links abbiegend nach Waldeck aus; des Abends besucht man sich im Restaurations „Halle“ auf dem Schlossberg. Am zweiten Tage begebe man sich zeitig nach dem Schlosspark in das Concert der zahlreichen Waldbäume, die hier durch angebrachte Trankstätten begünstigt sind. An der Aussichtsstraße von dem Wirthshaus nach dem Schloss ist ein mit lateinischem Psalmen versehenes großes Marmorkreuz zur Erinnerung an die Gefahr errichtet, in welcher der Fürstbischof im October 1873 an jener Stelle schwieb, als dessen Wagen mit den Insassen umstürzte. Nach dem Frühstück trete man die lohnende Partie (nach Belieben auch zu Wagen) nach dem Kreisgrund an, in dessen vorderen Theile die grobkartigen, neuverrichteten, mittelst Dampf- und Wasserkraft getriebenen Breitschneidemühlen belegen sind und verfolge den Weg neben dem forstlichen Kreisgrund bis zur hintersten Mühle, von wo aus ein wenig unbaunder, aber romantischer Weg nach Karpenstein und von diesem auf die Promenaden in Landau führt. Bei den Mühlen ist Bier, Kaffee und ein Imbiß zu erhalten. — Zweier Mühlstände können wir jedoch nicht unterlassen zu erwähnen, die zur Erzeugung einer gerechtigen Verstellung beiträgt: 1) Die hinsichtlich der Baumwollanbau vernachlässigte Straße vom Bahnhofe nach der Stadt Potschau, welche unter den jetzigen Auspicien des so dringend bedürftigen Schattens wohl keine Freude wird; 2) der schlechte Zustand der von der Stadt Potschau zu unterhaltenden Straßenstrecke von der Stadt bis zur Landesgrenze. Hier ist Abhilfe erforderlich, denn die Geschäftigkeit dieser Straße ist eine, die persönliche Sicherheit wie die der Wagen gefährdet. Dem Vernehmen nach hat die Gründung des katholischen Gymnasiums der Commune Opfer auferlegt, welche dem in den letzten Jahrzehnten befürchteten Schaffensdrange Halt gebietet, so daß die Einführung einer bisher unbekannten Communaleiter und der Wegfall des unentgeltlich geleisteten Hausholzes bevorsteht. Wenn wir noch schließlich die scharfe Bistation an den beiderseitigen Zollämtern betreffs des Importis von Cigarren, Wein, Pfefferküchen &c. in Erinnerung bringen, so glauben wir mit dieser Notiz einen Dienst zu leisten. Nach Österreich haben höchstens 10 Cigarren, nach Preußen nur die angebrochene Flasche Wein freien Eingang.

\* Gleiwitz, 20. Juni. [Kinder-Spaziergang.] Der für Montag, den 17. d. M., bestimmte Spaziergang der Schüler der hiesigen Simultan-Elementarschulen konnte wegen eingetretenen Regenweiteres nicht stattfinden und wurde daher gestern ausgeführt.

Gleiwitz, 20. Juni. [Kinder-Spaziergang.] Der für Montag, den 17. d. M., bestimmte Spaziergang der Schüler der hiesigen Simultan-Elementarschulen konnte wegen eingetretenen Regenweiteres nicht stattfinden und wurde daher gestern ausgeführt. — Der Ausmarsch erfolgte Mittags 1 Uhr unter den Klängen der Stadt-Capelle vom Marktplatz aus durch die Straßen der Stadt bis zum Germania-Denkmal auf dem Neumarkt, wo sich die Schüler der Simultan-Schule II. (Hüttenbezirk) dem Zuge anschlossen. — Von hier aus bewegte sich der imposante Zug von mehr als 2000 festlich gekleideten Kindern — die Knaben mit zahlre

# Berliner Börse vom 20. Juni 1878.

## Fonds- und Geld-Courses.

Deutsche Reichs-Anl.	4	95,93 bzG
Consolidirte Anleihe.	4	104,80 bz
do. do. 1876	4	95,90 bzB
Staats-Anleihe.	4	95,20 bz
Staats-Schuldscheine.	31/2	92,10 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	31/2	139,90 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	41/2	162,20 bz
Berliner.	41/2	161,70 bz
Pommersche.	21/2	83,50 G
do.	41/2	94,50 bz
do.	41/2	102,20 bz
do. Lndsch.Crd.	41/2	95,00 bzG
Posenische neu.	4	—
Schlesische.	31/2	—
Lndschft. Central.	4	94,90 G
Kur. u. Neumärk.	4	96,30 bz
Pommersche.	4	95,00 bzG
Posenische.	4	95,50 G
Preussische.	4	95,50 G
Westfäl. u. Rhein.	4	95,00 B
Sächsische.	4	95,50 bz
Schlesische.	4	96,00 bz
Badische Präm.-Anl.	4	119,90 bz
Bayerische 40% Anleihe	41/2	121,75 bz
Cöln-Mind.Prämissch.	31/2	111,70 bzB
Eachs. Rente von 1876	3	72,80 G
Kurh. 40 Thaler-Loose	23,90 bzG	
Badische 35 Fl.-Loose	13,25 bz	
Braunschw. Präm.-Anleihe	82,90 bz	
Oldenburger Loose	136,10 G	
Ducaten 9,57 etbz Dollars 4,18 G	over. 20,345 G	
Oest. Bkn. 17,25 bz		
Napol. 16,23 bz do. Silberg. 17,50 bz		
Imperials 16,86 G Eus. Bkn. 206,30 bz		

## Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Part.-Ob.	5	107,63 G
U.S. Pfd. d. Pr. Hyp.-Ob.	41/2	95,00 bzG
do. do.	5	101,50 bz
Deutsche Hyp.-Pfd.	41/2	93,80 bzG
do. do. do.	5	100,10 bzG
Kindr. Cent.-Bod.-Cr.	41/2	100,20 G
Unkünd. do. (1872)	5	101,75 bz
do. rücksl. à 110	5	107,50 G
Unk. H. d. Pr. Bd.-Ord. B.	41/2	98,50 bz
do. III. Em. do.	5	101,00 bzG
Kindb. Hyp. Schuld. do.	5	100,00 G
Hyp.-Anth. Nord. 6-C-B	5	90,90 G
do. do. Pfandb.	5	91,00 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe.	5	97,00 bzG
do. II. Em.	5	89,00 bz
Beth. Präm.-Pf. I. Em.	5	107,30 bz
do. II. Em.	5	105,90 bzG
do. 50% Pfd.kalbr.m. 110	5	99,75 bz
do. 41/2 do. m. 110	41/2	92,60 bz
Münchener Präm.-Pfd.	5	105,25 G
Gest. Silberpfandb.	51/2	—
do. Hyp.-Pfd.	5	—
Pfd.b. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	—
Schles. Bodenr.-Pfd.	5	95,50 bz
do. do.	41/2	93,69 G
Todd. Bod.-Cred.-Pfd.	5	103,00 G
do. do.	41/2	98,30 G
Wiener Silberpfandb.	51/2	—

## Ausländische Fonds.

Oest. Silbr. C. (1/4,1/7, 41/2)	55,10-55,20 bz	
do. Goldrente.	4	56,20 bz
do. Goldrente.	4	63,80 bz
do. Papierrente.	41/2	54,50 bzG
do. 54er Präm.-Anl.	5	101,25 B
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	103,00 bz
do. Credit-Losse.	5	206,00 etbzB
do. 64er Loose.	5	152,00 bzB
Mass. Präm.-Anl. v. 64	5	152,80 bz
do. do. 1866	5	150,00 bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	73,90 bz
do. Cont.-Bod.-Cr.-Pfd.	5	—
Mass. Poln. Schatz-Obl.	5	78,20 etbzG
Pola. Pfandb. III. Em.	5	62,20 G
Pola. Liquid.-Pfandb.	5	56,10 bz
Amerik. Rückz. p. 1881	5	104,00 bzG
do. Go.	5	88,50 G
do. 5% Anleihe.	5	102,50 G
Ital. neue 50% Anleihe	5	74,90 bz
Ital. Tabak-Oblig.	5	—
Kaab-Grazer 100 Thlr.	4	71,90 bzG
Zumänische Anleihe.	5	96,10 bz
Türkische Anleihe.	5	14,90 bzG
Ungar. Goldrente.	5	77,40 bz
Ung. 50% St.-Eisgr.-Anl.	5	72,00 bzG
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—	—
Fianische 10 Thlr.-Loose	33,00 B	—
Wörken-Loose 40,80 bz	—	—

## Eisenbahn-Priesters-Aktionen.

Berg.-Mark. Serie II.	41/2	100 G
do. III. v. St. Jürg.	31/2	85,00 B
do. VI. 1.	41/2	99,60 G
do. Hess. Nordbahn.	5	103,10 bz
Berlin-Görlitz.	5	104,40 B
do. 41/2, 92,10 CB.	41/2	87,00
Breslau-Freib. Lit.	41/2	98,90 Fbt. 100
do. Lit.	41/2	95,30 G
do. do. H.	5	93,10 bz
do. do. K.	5	93,10 bzG
do. von 1876	5	100,90 bz
do. III. Lit. A.	41/2	93 G
do. do. IV.	41/2	98,75 G
do. do. V.	4	94,00 bzG

## In Liquidation.

Berliner Bank.	—	fr. 5,00 G
Berl. Bankverein.	—	fr. 27 G
Berl. Wechsel-B.	—	fr. —
Centralb. f. Genos.	—	fr. 11,50 G
Deutsche Unionsb.	—	fr. 10,00 G
Gwb. Schusterb. C.	—	fr. —
Moldauer Lds. Bk.	—	fr. 10 G
Ostdeutsche Bank.	—	fr. —
Pr. Credit-Anstalt.	11/2	fr. 409,75 G
Posner Prov. Bnk.	41/2	fr. 104,30 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	5	fr. 96,50 bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	21/2	fr. 116,75 bz
Deutsche Bank.	5	fr. 100,30 bz
Königsb. Vcr. Crank.	51/2	fr. 83,70 G
Ludw.-B. K. wilek.	51/2	fr. 55 B
Luxemburg. Bnk.	5	fr. 107,90 etbzG
Magdeburger B.	5	fr. 166,75 G
Meininger do.	2	fr. 75,80 bzG
Nordd. Bank.	5	fr. 137,00 G
Nordd. Gründcr.-B.	5	fr. 60,00 bzG
Oberlausitzer B.	11/2	fr. 59,00 G
Oest. Cred.-Action.	11/2	fr. 409,75 G
Posner Prov. Bnk.	41/2	fr. 104,30 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	5	fr. 96,50 bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	21/2	fr. 116,75 bz
Sächs. Bank.	5	fr. 105,80 bzG
Schl. Bank-Verein	5	fr. 79,25 B
Weiner Bnk.	0	fr. 39,90 bz
Wiener Unionsbk.	11/2	fr. 110,00 B

## Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Ed.-A.	0	fr. 555 G
Do. Eisenbahn-G.	0	fr. 3,60 bz
Do. Reichs-u. Co.-E.	0	fr. 70,80 bz
Märk. Sch.Masch.G.	0	fr. 18,90 bz
Noerd. Gunnibaf.	5	fr. 45,00 G
Westend. Com.-G.	0	fr. 0,25 G

## Telegraphische Depeschen.

Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12/2	fr. 94,25 G
Schles. Feuervers.	18	fr. 825 G
Do. Eisenbahn-G.	0	fr. 24,10 bz
Dortm. Union.	0	fr. 6,25 G
Königs- u. Laurah.	2	fr. 73,90 bzG
Lauchhammer.	0	fr. 17,00 B
Marienhütte.	2	fr. 48,00 bzG
Oschl. Eisenwerke.	0	fr. —
Redenbühne.	0	fr. 2,00 bz
Schl. Kohlenwerke.	0	fr. 4,40 bz
Schl.Zinkh.-Act.	61/2	fr. 85,75 bzG
Do. St.-Pr.-Act.	7	fr. 93,00 B
Tarnowitz. Bergb.	0	fr. 32,75 bzG
Vorwärthütte.	0	fr. —
Baltischer Lloyd.	—	fr. 3,00 B
Bresl. Bierbrauer.	0	fr. 4
Bresl. E.-Wagenb.	23/2	fr. 44,75 bzG
Do. ver. Oefab.	23/2	fr. 46,00 B
Erdm. Spinnerei.	0	fr. 12,75 G
Hofm. Wag. B.	0	fr. 45,00 G
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	fr. 31,00 bzG
Wilhelmsb. MA.	0	fr. 18,00 bzG

## Bank-Discount 4% Lombard-Zinsfuß 5% pCt